Niederschrift
über die 25. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 12. September 2018, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dominique Kalb, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dorothee Köpp, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Petra Friedrich)
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD
Mario Lang, Mitglied, SPD (Vertretung für Patrick Hartmann)
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD (Vertretung für Wolfgang Decker)
Dr. Michael von Rüden, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne
Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne - ab 17:16 Uhr (TOP 5) (Vertretung für Boris Mijatovic)
Gerhard Gerlach, Mitglied, AfD (Vertretung für Dieter Gratzer)
Michael Werl, Mitglied, AfD
Mirko Düsterdieck, Mitglied, Kasseler Linke
Lutz Getzschmann, Mitglied, Kasseler Linke
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten – bis 18:12 Uhr (TOP 10)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates
Peter Müller, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Edith Schneider, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Caglar Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Susanne Völker, Stadträtin, parteilos

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Wolfram Schäfer, Kämmerei und Steuern
Stefan Rios, Kämmerei und Steuern
Ute Pähns, Sozialamt
Ina Kolter, Personal- und Organisationsamt
Gabriele Steinbach, Amt für Schule und Bildung
Jürgen Freymuth, KASSELWASSER
Anke Ziegenbalg, KASSELWASSER
Axel Jäger, Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

Tagesordnung:

1.	**Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen**	101.18.977
2.	**Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste a / 2018 -**	101.18.1002
3.	**Hessische Arbeitsmarktförderung – Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2018**	101.18.1007
4.	**Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel - im Zusammenhang mit dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HTW-Wirtschaftsprüfung GmbH, über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017**	101.18.1021
5.	**Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule“ (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen; Projektliste KIP II Stadt Kassel**	101.18.1022
6.	**Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2018; - Kenntnisnahme Liste Z-A / 2018 -**	101.18.1023
7.	**Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2018; - Liste 3 / 2018 -**	101.18.1026
8.	**Documenta Aufsichtsrat stärken**	101.18.963
9.	**Umsetzungsstand Modernisierung der Straßenbeleuchtung**	101.18.966
10.	**Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**	101.18.970

10.1	**Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel**	101.18.1044
11.	**Rundfunkbeitrag**	101.18.987
12.	**Kassel Airport**	101.18.1000
13.	**Ratskeller**	101.18.1001
14.	**Verbrauch Haushaltsmittel 1. Halbjahr 2018**	101.18.1018
15.	**Angebot für Fahrräder und Pedelecs**	101.18.1028
16.	**Auswirkungen der Liniennetzreform**	101.18.1030
17.	**Schnelles Internet für Kasseler Schulen**	101.18.1031

1. stellvertretender Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 5. September 2018 ordnungsgemäß einberufene 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

1. stellvertretender Vorsitzender Kalb weist auf die Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 1 und 5 hin.

Stadtverordneter Dr. Schnell, SPD-Fraktion, beantragt, die Tagesordnung um den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel, 101.18.1044, zu erweitern und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10 heute auf jeden Fall noch aufzurufen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel, 101.18.1044, wird **zugestimmt.**

Der gemeinsame Antrag wird als Tagesordnungspunkt 10.1 eingereiht und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10 zur Beratung aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten, teilt mit, dass er heute nur bis ca. 18:00 Uhr an der Sitzung teilnehmen kann und bittet darum, die Anfragen seiner Fraktion unter Tagesordnungspunkt 12, 13 und 14 heute abzusetzen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

1. stellvertretender Vorsitzender Kalb stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Im Anschluss gibt er bekannt, dass entsprechend der Zusage der Vorsitzenden Friedrich in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 15. August 2018 geprüft wurde, ob ein Absetzen bzw. eine Nichtbefassung mit einer Anfrage zulässig ist.

Nach § 50 (2) Satz 5 HGO ist das Fragerecht und die damit verbundene Beantwortung durch den Magistrat festgeschrieben. Das Fragerecht der Stadtverordneten ist beschränkt auf Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Nach § 58 HGO und einer Entscheidung des VG Darmstadt können Anfragen nicht durch Mehrheitsbeschluss von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Die Beschlussfassung auf Nichtbefassung und Absetzung der Anfrage der AfD-Fraktion betr. Stiftung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 15. August 2018 war daher nicht zulässig.

Da Oberbürgermeister Geselle die Anfrage der AfD-Fraktion trotzdem beantwortet hatte, verzichtet die AfD-Fraktion darauf die Anfrage erneut ins Verfahren einzubringen.

1. Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen
Vorlage des Magistrats
- 101.18.977 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte Neufassung der ‚Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen

und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen‘.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen, 101.18.977, wird **zugestimmt.**

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke vor, der von Stadtverordneten Getzschmann eingebracht und begründet wird.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte Neufassung der ‚Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen‘,
mit der folgenden Ergänzung:

Alle schriftlichen Vorlagen werden dem Stadtverordnetenbüro für das Bürgerinformationssystem als durchsuchbarer Text im pdf-Format digital übermittelt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie für die Behandlung zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund zweckgebundener Mehrerträge oder Mehreinzahlungen, 101.18.977, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

2. Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste a / 2018 -
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1002 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von den in der rückseitigen Liste a/2018 enthaltenen Umsetzungen von Haushaltsansätzen
im Ergebnishaushalt in Höhe von 90.000,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 97.500,20 €
Kenntnis."

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

**3. Hessische Arbeitsmarktförderung –
Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2018**
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1007 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2018 (AQB) des Landes Hessen.

2. Mit dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget 2018 werden

   - neunzehn Ausbildungsplätze, davon fünf Plätze mit ausbildungsbegleitendem Coaching, Schwerpunkt Alleinerziehende sowie fünf Plätze für benachteiligte junge Menschen mit besonderem Förderbedarf,
   - 120 Berufsvorbereitungsplätze, davon 30 Plätze für benachteiligte junge Geflüchtete, die mit besonderem Förderbedarf in InteA-Klassen gefördert werden, 50 Plätze für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die in zweiter bzw. dritter Generation in Kassel leben, 10 Plätze „Fit für Ausbildung“, 15 Plätze für Alleinerziehende zur Vorbereitung einer Teilzeitausbildung und 15 Plätze für benachteiligte junge Menschen mit besonderem Förderbedarf zur Ausbildungsvorbereitung in Klein- und Mittelbetrieben,
   - 165 Plätze für Geflüchtete im Asylverfahren, davon 15 Plätze in einem Projekt „Berufsvorbereitungscoaching“ sowie 150 Sprachkursplätze zur langfristigen Integration in Arbeit bzw. Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt

   neu geschaffen bzw. weitergeführt und finanziell unterstützt.

3. Das Sozialamt wird mit der Steuerung und Verwaltung der Budgetumsetzung beauftragt.

4. Das Personal- und Organisationsamt wird ermächtigt das für die Projektumsetzung erforderliche Personal u. a. im Teilprojekt „Berufsvorbereitende Integrationsmaßnahme für Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation (InMigra) für die Abteilung Bildungsmanagement und Integration im Amt für Schule und Bildung einzustellen bzw. die Arbeitszeit von Beschäftigten der Abteilung entsprechend zu erhöhen.

5. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung der Ausbildungsplätze, der Personalkosten für die Projektsteuerung, Anleitung und sozialpädagogische Begleitung, soweit sie nicht durch Dritte oder durch Eigenmittel der Träger / Kooperationspartner sichergestellt wird.

   Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2018 für das Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 wurden bei der Haushaltsplanung für 2019 und bei der mittelfristigen Finanzplanung für 2020 bis 2021 berücksichtigt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Hessische Arbeitsmarktförderung – Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2018, 101.18.1007, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

4. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel - im Zusammenhang mit dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HTW-Wirtschaftsprüfung GmbH, über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1021 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Jahresergebnis 2017 der Sparte Abwasser in Höhe von TEUR 4.860,2 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.
Aus dem zum 31. Dezember 2017 bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von TEUR 4.878,8 soll im Geschäftsjahr 2018 die Ausschüttung der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von TEUR 780,0 an die Stadt Kassel erfolgen.
Das nach der Eigenkapitalverzinsung verbleibende Jahresergebnis 2016, welches mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in 2017 in den Gewinnvortrag eingestellt wurde, soll in Höhe von TEUR 4.102,9 der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden. Diese Zuführung erfolgt nach den Satzungsregelungen für den Abwasserentsorgungsbereich mit einem Gewinn von TEUR 4.193,0 und für den Bereich Abscheider mit einem Verlust von TEUR 90,1. Bezüglich des Verlustes im Bereich Abscheider soll die bestehende zweckgebundene Rücklage Abscheider zum Ausgleich des Verlustes verwendet werden.
Das Jahresergebnis 2017 der Sparte Trinkwasser in Höhe von TEUR 73,4 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.“

1. stellvertretender Vorsitzender Kalb teilt mit, dass die Fraktionen und alle Stadtverordnete den Bericht als PDF-Datei erhalten haben.

Stadtbaurat Nolda und Frau Ziegenbalg, KASSELWASSER, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel - im Zusammenhang mit dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HTW-Wirtschaftsprüfung GmbH, über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017, 101.18.1021, wird **zugestimmt.**

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

- **Änderungsantrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Die Verzinsung des Eigenkapitals durch die Eigenbetriebe wird von 6% auf 4% reduziert.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD (1)
Enthaltung: AfD (1), Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten zum Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel - im Zusammenhang mit dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HTW-Wirtschaftsprüfung GmbH, über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017, 101.18.1021, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

5. Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule“ (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen;
Projektliste KIP II Stadt Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1022 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der beigefügten „Projektliste KIP II Stadt Kassel“ für das Kommunale Investitionsprogramm II (KIP II / „KIP macht Schule“) des Bundes und des Landes Hessen mit einem Gesamtvolumen von ca. 32,5 Mio. € inklusive der Nachrückerprojekte wird zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die sich aus der genauen Formulierung der Programmvorgaben ergebenden Änderungen einzuarbeiten und ggf. im Programmvollzug notwendig werdende Mittelverschiebungen zwischen einzelnen Projekten oder Projektstreichungen vorzunehmen.“

Als Tischvorlage erhalten die Ausschussmitglieder eine korrigierte Fassung der Anlage, die von Stadtbaurat Nolda erläutert wird. Im Anschluss beantwortet er und Stadträtin Janz im Rahmen der Aussprache die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke
Ablehnung: CDU
Enthaltung: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule“ (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen; Projektliste KIP II Stadt Kassel, 101.18.1022, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

6. Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2018; - Kenntnisnahme Liste Z-A / 2018 -
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1023 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von den in der rückseitigen Liste Z-A/2018 enthaltenen zweckgebundenen Mehrerträgen/-einzahlungen und Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 19 GemHVO
im Ergebnishaushalt in Höhe von 161.549,46 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 35.383,16 €
Kenntnis.“

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2018; - Liste 3 / 2018 -
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1026 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der nachfolgenden Liste 3/2018 enthaltene überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO
im Ergebnishaushalt in Höhe von 500.000,00 €“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2018; - Liste 3 / 2018 -, 101.18.1026, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Getzschmann

8. Documenta Aufsichtsrat stärken
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der Kasseler Linke und FDP + Freie Wähler + Piraten
- 101.18.963 -

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Aufsichtsrat der documenta gGmbH wird gestärkt. Ziele und Handlungsansätze sind:

- Die frühzeitige Information aller Mitglieder des Gremiums über relevante Geschäftsereignisse ist sicherzustellen
- Die Kontrolle des Geschäftsbetriebs und Beteiligung an grundsätzlichen Entscheidungen durch mindestens 7 Vertreter*innen, **die auf Vorschlag** der Stadtverordnetenversammlung **gewählt werden**
- Die Ermächtigung der Gesellschafterversammlung Aufgaben des Aufsichtsrates unmittelbar an sich zu ziehen wird im Gesellschaftervertrag gestrichen.
- Ein internationaler Beirat berät Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung. Er hat das Vorschlagsrecht für die Kurator*in der documenta
- Der Gesellschaftervertrag und die Mitglieder des Aufsichtsrates werden auf der Seite der documenta veröffentlicht

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion Kasseler Linke, begründet den geänderten gemeinsamen Antrag. Oberbürgermeister Geselle bezieht dazu Stellung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der gemeinsame geänderte Antrag der Fraktionen der Kasseler Linke und FDP, Freie Wähler und Piraten betr. Documenta Aufsichtsrat stärken, 101.18.963, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Berkhout

9. Umsetzungsstand Modernisierung der Straßenbeleuchtung
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.966 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Sind in der Umsetzung des Vertrags mit der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) bei der Modernisierung der Straßenbeleuchtung die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 245/2009 der Kommission vom 18. März 2009 erfüllt?
2. Wann wurden oder werden die letzten Quecksilberdampflampen in der Kasseler Straßenbeleuchtung außer Betrieb genommen?
3. Wann wurden oder werden die letzten Natriumdampflampen in der Kasseler Straßenbeleuchtung außer Betrieb genommen?
4. Wieviel Prozent der Lampen sind schon durch LED Leuchtmittel ersetzt worden?
5. Wann werden alle Straßenbeleuchtungen auf LED umgestellt worden sein?
6. Wie sehen die Kriterien für eine ausreichende Beleuchtung bei Vermeidung von Lichtverschmutzung in Kassel aus?
7. Wie hat sich der jährliche Energieverbrauch im Betrieb der Straßenbeleuchtung seit der Wirksamkeit des Vertrags mit der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) entwickelt?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Er sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

1. stellvertretender Vorsitzender Kalb ruft die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

10. Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.970 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ab sofort keine Straßenausbaubeiträge mehr zu erheben. Die entsprechende Satzung wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtbaurat Nolda und Oberbürgermeister Geselle beantwortet. Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Dr. von Rüden den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab und erklärt, dass das Ziel des Antrages die schnellstmögliche Einleitung eines Stadtrechtsänderungsverfahrens ist.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **schnellstmöglich** keine Straßenausbaubeiträge mehr zu erheben. Die entsprechende Satzung wird **schnellstmöglich** aufgehoben.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, 101.18.970, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

10.1 Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1044 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge aus. Der Magistrat wird gebeten, vorab über die verfahrensrechtlich notwendigen Schritte sowie die finanziellen Auswirkungen zu berichten.

Stadtverordneter Dr. Schnell, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtbaurat Nolda und Oberbürgermeister Geselle beantwortet. Oberbürgermeister Geselle weist auf die finanziellen Konsequenzen einer Abschaffung hin. Stadtverordneter Dr. Schnell erklärt, dass das Ziel des Antrages die Einleitung eines Stadtrechtsänderungsverfahrens ist.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel, 101.18.1044, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

11. Rundfunkbeitrag
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.987 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Höhe wurden Rundfunkbeiträge durch Einrichtungen, Behörden, Eigenbetriebe und andere mit der Stadt Kassel unmittelbar verbundenen Institutionen in den Jahren 2013 bis 2017 abgeführt?

2. Welcher Anteil entfiel jeweils auf Schulen, Eigenbetriebe, soziale Einrichtungen, Behörden etc.? Bitte schlüsseln Sie in die jeweiligen Bereiche auf.

3. Welche Möglichkeiten der Befreiung von der Beitragspflicht bestehen für diese Einrichtungen, werden diese ausgeschöpft und wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Kooperation mit dem ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice?

4. Wird die Beitragszahlung von der Stadt Kassel für vorgenannte Institutionen zentral oder dezentral vorgenommen?

5. In welcher Höhe mussten durch die Stadt Kassel und ihre Einrichtungen und Eigenbetriebe bis 2013 Rundfunkgebühren entrichtet werden?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschriftlicht zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

12. Kassel Airport
Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.1000 -

Die Anfrage wird abgesetzt, da der Fragesteller nicht mehr anwesend ist.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Ratskeller
Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.1001 -

Die Anfrage wird abgesetzt, da der Fragesteller nicht mehr anwesend ist.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Verbrauch Haushaltsmittel 1. Halbjahr 2018
Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.1018 -

Die Anfrage wird abgesetzt, da der Fragesteller nicht mehr anwesend ist.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Angebot für Fahrräder und Pedelecs
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1028 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat die Stadt geprüft, ob sie ihren Beschäftigten durch Leasing-Verträge die Nutzung eines Fahrrads oder Pedelecs ermöglicht?
2. Beabsichtigt die Stadt dies einzuführen? Wenn ja, wann?
3. Gibt es entsprechende Angebote bei an die Stadt angegliederten Betrieben?

Stadtverordneter Getzschmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt
1. stellvertretender Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

16. Auswirkungen der Liniennetzreform
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1030 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie entwickeln sich die Fahrgastzahlen der KVG seit Umsetzung der Liniennetzreform?

2. Wie haben sich bei der KVG die Verkaufszahlen bei den Abonnements (Nordhessenkarte und alle anderen Abos mit Ausnahme des Schüler-Hessen Tickets) insgesamt in den letzten 12 Monaten entwickelt und wie viele Abonnenten gibt es aktuell?
3. Wie hat sich das von der Hessischen Landesregierung eingeführte Schüler-Hessen Ticket seit seiner Einführung am 1.8.2018 entwickelt?
4. Wie viele Abonnenten gab es im Mittel in den Jahren 2015, 2016 und 2017?
5. Die KVG lässt, wie der HNA zu entnehmen war, derzeit „Hausbesuche“ durchführen.
   a. Was kosten diese von einer externen Firma durchgeführten Hausbesuche?
   b. Werden von den Mitarbeitern bzw. Beauftragten dieser Firma an den Haustüren auch Abonnements verkauft?
   c. Wenn ja, wie viele Abonnements wurden auf diesem Weg bis jetzt verkauft?

Oberbürgermeister Geselle teilt mit, dass noch keine Antwort der KVG zu der Anfrage vorliegt. Aus diesem Grund wird die Anfrage für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vorgermekt.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

17. Schnelles Internet für Kasseler Schulen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1031 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis Ende 2018 ein Konzept zur Ausstattung aller Kasseler Schulen mit schnellen Internetanschlüssen mittels Glasfasertechnik vorzulegen. Das Konzept soll Planungen zur technischen Realisierung, zur Finanzierung sowie einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen enthalten.

Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, begründet den Antrag. Stadträtin Janz bezieht dazu Stellung und beantwortet mit Oberbürgermeister Geselle die Fragen der Ausschussmitglieder. Im Rahmen der Aussprache streicht Stadtverordneter Dr. von Rüden die zeitliche Vorgabe „bis Ende 2018“ aus dem Antrag seiner Fraktion.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zur Ausstattung aller Kasseler Schulen mit schnellen Internetanschlüssen mittels Glasfasertechnik vorzulegen. Das Konzept soll Planungen zur technischen Realisierung, zur Finanzierung sowie einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen enthalten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Schnelles Internet für Kasseler Schulen, 101.18.1031, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

Ende der Sitzung: 18:51 Uhr

Dominique Kalb
1. stellvertretender Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer

Anlage zu TOP 9

- 66 -

Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

- III -

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 06. SEP. 2018

Kassel, 28. August 2018
Herr Breitbart / Asl.
Tel. 60 98

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 14. SEP. 2018

Anfrage zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
Vorlage-Nr. 101.18.966
Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Lutz Getzschmann, Fraktion KASSELER LINKE

Umsetzungsstand Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Wir fragen den Magistrat:

1. Sind in der Umsetzung des Vertrags mit der Städtischen Werke Netz + Service GmbH (NSG) bei der Modernisierung der Straßenbeleuchtung die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 245/2009 der Kommission vom 18. März 2009 erfüllt?
2. Wann wurden oder werden die letzten Quecksilberdampflampen in der Kasseler Straßenbeleuchtung außer Betrieb genommen?
3. Wann wurden oder werden die letzten Natriumdampflampen in der Kasseler Straßenbeleuchtung außer Betrieb genommen?
4. Wieviel Prozent der Lampen sind schon durch LED Leuchtmittel ersetzt worden?
5. Wann werden alle Straßenbeleuchtungen auf LED umgestellt worden sein?
6. Wie sehen die Kriterien für eine ausreichende Beleuchtung bei Vermeidung von Lichtverschmutzung in Kassel aus?
7. Wie hat sich der jährliche Energieverbrauch im Betrieb der Straßenbeleuchtung seit der Wirksamkeit des Vertrags mit der Städtischen Werke Netz + Service GmbH (NSG) entwickelt?

Stellungnahme:

Zu 1: Die Verordnung (EG) Nr. 245/2009 wird im Rahmen des Vertrags erfüllt.

Zu 2: Die letzten Quecksilberdampflampen werden voraussichtlich im Jahr 2022 ausgebaut.

Zu 3:

Es gibt momentan keine ökologische, technische oder rechtliche Aspekte die Natriumdampfleuchtmittel zu ersetzen, aus diesem Grund ist es nicht absehbar wann die Letzten ausgebaut werden. Die Natriumdampfleuchtmittel haben teilweise einen besseren Wirkungsgrad als LED-Leuchtmittel.

Zu 4: Rund 33 % der Leuchten haben momentan LED-Technologie

Zu 5:

Die technische Entwicklung in der Beleuchtungstechnik schreitet schnell voran. Wir gehen davon aus, dass vor der Erneuerung der letzten konventionellen Leuchten effektivere Techniken einsatzbereit sind. Dementsprechend werden voraussichtlich nie alle Straßenleuchten in Kassel auf LED-Technik basieren.

Zu 6:

Bis auf wenige Ausnahmen werden Leuchten eingesetzt, die kein Licht über die Horizontal-Linie abgeben, damit wird die Lichtverschmutzung soweit möglich reduziert.

Zu 7:

Der Energieverbrauch ist die Summe aus Zählerdaten und Verbrauchshochrechnungen, in 2015 wurden viele Zähler eingebaut. Man hat dabei festgestellt, dass die Verbrauchshochrechnungen grundsätzlich zu niedrig angesetzt waren. Aus diesem Grund der Sprung nach oben. Real ist die Energieeinsparung höher.

zum	Straßenbeleuchtung
31.12.2013	8.261.071 kWh
31.12.2014	8.200.157 kWh
31.12.2015	8.299.954 kWh
31.12.2016	7.942.977 kWh
31.12.2017	7.331.045 kWh

30.09.2018

G. Förster

Dr. Georg Förster

Anlage zu TOP 11

- 65 -
Hochbau und
Gebäudebewirtschaftung

10. September 2018
Herr Jäger
Tel.: 7064

An
- VI -

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 12. SEP. 2018

Anfrage:
„Belastung der Stadt Kassel durch den Rundfunkbeitrag"
zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen der Fraktion Alternative für Deutschland, um schriftliche Beantwortung wurde gebeten

Vorlage Nr. 101.18.987

1. **In welcher Höhe wurden Rundfunkbeiträge durch Einrichtungen, Behörden, Eigenbetriebe und andere mit der Stadt Kassel unmittelbar verbundene Institutionen in den Jahren 2013 bis 2017 abgeführt?**

   Antwort:
   Seitens der Stadt Kassel und Eigenbetriebe wurden folgende Beiträge abgeführt:

Rundfunkbeitrag pro Jahr	Anteil der Stadt Kassel	Stadtreiniger Eigenbetrieb	KASSELWASSER Eigenbetrieb	gesamt
2013	31.716,96 €	11.070,72 €	3.091,44 €	45.879,12 €
2014	33.010,68 €	9.489,36 €	3.163,32 €	45.663,36 €
2015	33.809,40 €	9.235,92 €	3.218,76 €	46.264,08 €
2016	34.299,36 €	10.495,20 €	3.288,72 €	48.083,28 €
2017	26.595,96 €	10.495,20 €	3.288,72 €	40.379,88 €
Gesamtzahlung 2013 - 2017	**159.432,36 €**	**50.786,40 €**	**16.050,96 €**	**226.269,72 €**

2. **Welcher Anteil entfiel jeweils auf Schulen, Eigenbetriebe, soziale Einrichtungen, Behörden, etc.? Bitte schlüsseln Sie in die jeweiligen Bereiche auf.**

   Antwort:
   Siehe Tabelle in der Anlage.

3. **Welche Möglichkeiten der Befreiung von der Beitragspflicht bestehen für diese Einrichtungen, werden diese ausgeschöpft und wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Kooperation mit dem ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice?**

   Antwort:
   Im 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde der Beitrag für privilegierte Einrichtungen, bzw. Einrichtungen des Gemeinwohls wie Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ab 1. Jan. 2017 neu festgelegt und auf einen Drittelbeitrag reduziert.

   Außerdem gibt es seit dem 1. Jan 2017 die Möglichkeit zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigte zu differenzieren. Beispielsweise wird ein Beschäftigter mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit dem Faktor 0,5 angesetzt.

   Die Umsetzung der Befreiungen und Reduzierungen erfolgte in guter Zusammenarbeit mit dem Beitragsservice und bisher ohne Probleme oder Konflikte.

4. **Wird die Beitragszahlung von der Stadt Kassel für vorgenannte Institutionen zentral oder dezentral vorgenommen?**

   Antwort:
   Seit 2013 zentral durch das Amt Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

5. **In welcher Höhe mussten durch die Stadt Kassel und ihre Einrichtungen und Eigenbetriebe bis 2013 Rundfunkgebühren entrichtet werden?**

   Antwort:
   Die Rundfunkbeiträge werden seit 2013 zentral vom Amt Hochbau und Gebäudebewirtschaftung verwaltet. Davor wurden die Beiträge von verschiedenen Stellen und Institutionen unter ca. 70 verschiedenen Rundfunkgebühren-Teilnehmernummern dezentral abgeführt. 2013 hat sich die Berechnung grundlegend verändert. Ein zentraler Zugriff auf ältere Daten ist nicht möglich, diese müssten einzeln bei allen Institutionen angefordert werden. Das ist äußerst aufwändig und war in der kurzen Zeit bis zur Ausschusssitzung nicht möglich.

Axel Jäger

Axel Jäger